Valentin Wedl

EINLEITUNG

1. DIE EU IM KRISENMODUS

Seit mehr als vier Jahren befindet sich die Politik der Europäischen Union im Krisenmodus. Die Herausforderungen, vor denen die EU und ihre Mitgliedsstaaten heute stehen, sind enorm. Folgende fünf stechen gleichermaßen ins Auge.

Erstens muss die europäische Politik mit Entschlossenheit die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Bereits über 25 Mio. Menschen sind EU-weit arbeitslos. Im Euroraum beträgt die Arbeitslosenquote generell über 10%. Bei den Jugendlichen liegt die Arbeitslosenquote über 20% bzw. in Spanien und Griechenland sogar über 50%. Übertragen auf gesellschaftliche Gegebenheiten wird damit für manche Länder das an die Wand gemalte Gespenst der verlorenen Generation immer wahrscheinlicher.

Zweitens wird die europäische Politik die Krise nur bewältigen können, wenn es ihr gelingt, aus ihr herauszuwachsen. Die Eurozone ist indessen gerade zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit in eine Rezession geschlittert.

Drittens muss die Finanzierung der einzelnen Staaten gesichert sein. Angesichts der enormen Unterschiede in den Zinssätzen für Staatsanleihen zwischen den Peripherieländern und den Zentrumsstaaten war es im Sommer 2012 höchste Zeit für die Europäische Zentralbank (EZB), den weiteren Ankauf von Staatsanleihen anzukündigen. Diese Maßnahme verschaffte der Politik ebenso wie der Anfang 2013 in Kraft tretende Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) ein wichtiges Zeitfenster.

Viertens sind die Krisenursachen zu nennen – sie müssen adäquat bearbeitet werden. Hier ist allem voran auf drei zentrale Ursachen hinzuweisen, die gerne als die „drei U“ bezeichnet werden. Darunter werden die Ungeregeltheit der Finanzmärkte, die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen und ganz besonders, wenngleich immer noch von der herrschenden neoklassischen Ökonomie am meisten ignoriert, die europaweite Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen verstanden. Es ist dabei keineswegs nur ein Gebot der Gerechtigkeit, all jene, die die Krise weder verschuldet, geschweige denn von ihr Nutzen gezogen haben, nicht auch noch mit der Begleichung der Kosten für die Aufräumarbeiten zu belasten. Die Ungleichheit trägt ganz erheblich auch zum Kreditbedarf der Einkommensschwächeren sowie dem exorbitanten Finanzveranlagungs-„Bedarf“ bei den Einkommensstarken und generell Vermögenden bei. Adäquate Verteilungspolitik würde mithin helfen den Konsum anzukurbeln und obendrein dem Staat wichtige Einnahmen sichern.

Fünftens darf schließlich die Vertrauenskrise nicht ausgeblendet werden. Unter dem Eindruck der inhaltlich wenig erfolgreichen, gleichzeitig aber rigiden Krisenbekämpfungsmaßnahmen der EU-Politik einerseits und ihrer in demokratiepolitischer Hinsicht mitunter verwerflichen Art des Zustandekommens andererseits erreichte das Vertrauen in die EU 2012 ein historisch niedriges Niveau. Laut einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 sagten lediglich 33%

Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 6–9

der befragten EU-BürgerInnen, dass sie der EU eher vertrauen, während 57% dazu tendieren ihr kein Vertrauen auszusprechen (vgl. European Commission 2012a).

Es könnte jedoch immer schwieriger werden, das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen, solange die europäische Politik keinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzieht. Denn Europa muss auf den Weg in Richtung eines neuen Wachstums- und Verteilungsmodells gebracht werden. Es wird kein Wachstum ohne Investitionen geben und bislang ist die europäische Politik weitgehend blind für verteilungspolitische Steuerungsmöglichkeiten geblieben. Diese passen nicht so recht ins althergebrachte Bild einer Fixierung der EU-Wirtschaftspolitik auf globale Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch den Abbau von einzelstaatlichen Regulativen im europäischen Binnenmarkt.

2. DIE ZERSCHLAGUNG SOZIALSTAATLICHER SYSTEMKONSTANTEN

Am stärksten wird die falsche Krisenbearbeitung in der Zerschlagung sozialstaatlicher Errungenschaften manifest. Sie standen im Mittelpunkt jener Tagung der AK Wien vom Dezember 2012, die im vorliegenden Tagungsband für die interessierte Öffentlichkeit dokumentiert wird.

Der Titel der Tagung „Sozialer Aderlass“ ist dabei keineswegs einer blutrünstigen, effekthaschenden Ästhetik geschuldet. Er soll auch nicht dazu dienen, Entzug oder Entbehrungen verschiedener Art mit einer etwas abgedroschenen Metapher anzusprechen. Der Titel wurde gewählt, weil er am besten das miserable Niveau der Problemdiagnose und -behandlung einer orthodoxen Lehre versinnbildlicht.

In diesem Zusammenhang muss zudem erwähnt werden, dass der Rückbau sozialstaatlicher Systemkonstanten in Europa nicht als beiläufige Nebenwirkung anzusehen ist, sondern Elemente einer absichtsvollen Vorgehensweise aufweist. Hierfür gibt es unverkennbare Belege.

Mario Draghi – Präsident der EZB und ein Hauptdarsteller in der europäischen Politik – ließ in einigen Interviews vor dem Sommer 2012 mehrfach verkünden, dass das „europäische Sozialstaatsmodell ausgedient“ habe (vgl. Draghi 2012).

Die EU-Kommission – jedenfalls in Gestalt der tonangebenden Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) – streicht in ihrer jüngsten Analyse zur Arbeitsmarktentwicklung in Europa befremdlich zustimmend hervor, dass die beschlossenen Reformen der Lohnfindungssysteme in der EU insgesamt zu einer allgemeinen Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht geführt haben (vgl. European Commission 2012b, 51 und 104).

Die Auflagen der Troika aus EZB, Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission als Gegenleistung für die Gewährung von finanzieller Hilfe aus dem europäischen Rettungsschirm setzen explizit auf sozialstaatliche Einschnitte und die Zerschlagung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht.

Aus aktuellem Anlass sei das Beispiel Zyperns genannt, das als nächstes Land unter den EU-Rettungsschirm schlüpfen möchte. Die Auflagen, die Zypern dafür zu erfüllen haben wird, stehen derzeit in Endverhandlung. Um welche Verpflichtungen geht es dabei? Es

Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 6–9

zeichnet sich ab, dass hier insbesondere keine Vorgaben zur Aufgabe des zyprischen Geschäftsmodells gemacht werden. Der Status dieses Landes als Geldwäscherparadies, Steueroase und Offshoregebiet in Unternehmensrecht und Steuerfragen (minimale KöSt von höchstens 15%) wird nicht angetastet. Spüren muss die Folgen der Auflagen hingegen sehr wohl die Bevölkerung: in Form von Einschnitten bei Pensionen und am Arbeitsmarkt oder durch die Anhebung der Massensteuern.

Es ging bei unserer Veranstaltung indessen nicht um eine Einteilung in „Täter" und „Opfer" oder in „Gut" und „Böse". Auf allen Seiten wurden offenkundig schwere Fehler begangen und immer noch folgen die wirtschaftspolitischen Prioritäten einer neoliberalen Logik. Österreich, dessen bisher beachtliches Durchmanövrieren durch den Krisensturm vom US-Renomeemagazin „Foreign Policy" zuletzt als „Austrian Miracle" gepriesen wurde (vgl. McNamee 2012), wird sich kaum dauerhaft in dieser Rolle bewähren, wenn etwa die Nachfrage der Nachbarn und gleichzeitig AbnehmerInnen der österreichischen Güter und Dienstleistungen notgedrungen auslassen wird.

3. EIN NEUES WACHSTUMS- UND VERTEILUNGSMODELL

Es liegt auf der Hand, dass die europäische Politik auf neue Beine zu stellen ist – weg von der marktradikalen (neoliberalen) Orthodoxie, hin zu einem neuen Wachstums- und Verteilungsmodell in Europa, zu dem sich auch die Arbeiterkammer Wien bekennt.

Ein Schlüssel dazu liegt in der Stärkung der Binnennachfrage. Georg Feigl und Sepp Zuckerstätter, zwei Wirtschaftswissenschafter der Arbeiterkammer Wien, haben heuer in einer viel beachteten Studie erhoben, dass 7/8 der Nachfrage in der EU aus den Ländern der EU kommen (vgl. Feigl/Zuckerstätter 2012). Dies zeigt nicht nur, dass wir einem Wirtschaftseinbruch in unseren Nachbarstaaten schwer entkommen können. Es macht auch deutlich, welches Potenzial die EU mit ihren rund 500.000 Millionen Menschen hat, wenn sie die innereuropäische Binnennachfrage forciert – wenn sie v. a. darangeht, die Verteilungspolitik zu thematisieren.

Der Weg dorthin, zu einem neuen Wachstums- und Verteilungsmodell, mag unter den gegebenen Rahmenbedingungen gewiss lang und schwierig erscheinen. Jedoch ist bemerkenswert, dass sich die Stimmen der Vernunft deutlich mehren.

Zu erwähnen ist der „Unabhängige Jahreswachstumsbericht" von Ende November 2012. Darin plädieren drei namhafte progressive wissenschaftliche Institute gemeinsam für einen konkreten Richtungswandel der EU-Politik, darunter das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (vgl. IMK/OfCE/ECLM 2012).

Aber auch aus einem anderen Eck sind Zeichen der Veränderung wahrzunehmen. So ist es doch bemerkenswert, wenn mittlerweile der Internationale Währungsfonds (IWF) im jüngsten „World Economic Outlook" zum Schluss gekommen ist, dass Regierungen in aller Welt den Schaden systematisch unterschätzt hätten, der durch Austeritätsmaßnahmen angerichtet werde, da das Wachstum in den betreffenden Ländern zu stark gedrosselt würde (vgl. IWF 2012, 41). Diese aktuelle Aussage des IWF nährt im Übrigen die Vermutung, wonach innerhalb der besagten Troika der IWF mit breiterem Horizont und Sachverstand bei der Sache ist und

die sozialpolitischen Auswirkungen in den Schuldnerstaaten stärker beachten dürfte als die EZB und die EU-Kommission.

Das Scheitern der bisherigen Politik stellt nicht nur für den IWF das dar, was Oskar Negt in seinem äußerst lesenswerten aktuellen Buch mit dem Titel „Gesellschaftsentwurf Europa" als „Lernprovokation" bezeichnet (vgl. Negt 2012). In diesem Buch fasst der Autor das Verhältnis von Sozialstaat und Demokratie, von Freiheit und Enteignungsängsten, von Gewalt, Antifaschismus und der unersetzbaren Rolle der Gewerkschaftsbewegung grandios in einen europäischen Zusammenhang.

Negt führt letztlich treffend vor Augen, worauf die Entwicklung derzeit hinauszulaufen droht, wenn er festhält: „Wo weder Staat noch gewerkschaftliche Gegenmacht die Grundvoraussetzungen einer auf Toleranz und sozialen Freiheitsrechten begründeten Zivilgesellschaft zu schützen imstande sind, anderseits die wirtschaftlich Mächtigen von sich aus keine Verantwortung für die Ökonomie des Ganzen Hauses, für das Gemeinwesen entwickeln, da ist der europäische Zusammenhang aufs Äußerste bedroht." (Negt 2012, 66).

Es ist der Arbeiterkammer Wien ein wichtiges Anliegen, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, die Fehlsteuerungen und gefährlichen Folgen der europäischen Politik zu benennen und damit den Boden für die richtigen Weichenstellungen zu bereiten. Die Veranstaltung und der Tagungsband sollen dazu einen weiteren Beitrag leisten.

BIBLIOGRAFIE

Draghi, Mario, Interview im Wall Street Journal vom 23.2.2012; download: http://www.wallstreetjournal.de/article/SB10001424052970203960804577241072437312152.html.

European Commission (2012a), Standard Eurobarometer 78, Tables of Results, First Results, S. T42, download: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_anx_en.pdf.

European Commission (2012b), Labour Market Developments in Europe 2012; download: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/pdf/ee-2012-5_en.pdf.

Feigl, Georg und Sepp *Zuckerstätter* (2012), Wettbewerbs(des)orientierung (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Band 117), Wien.

IMK, OfCE, ECLM (2012), independent Annual Growth Survey, First Report, iAGS 2013, Failed austerity in Europe, The Way Out; download: http://www.iags-project.org/documents/iags_report2013.pdf.

Internationaler Währungsfonds (2012), World Economic Outlook. Coping with High Debt and Sluggish Growth, Washington DC; download: http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/02/pdf/text.pdf.

McNamee, Dardis (2012), The Austrian Miracle, in: Foreign Policy, 5.11.2012; download: http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/11/05/the_austrian_miracle?wp_login_redirect=0.

Negt, Oskar (2012), Gesellschaftsentwurf Europa, Göttingen.